

Entschließungsantrag

der Abgeordneten Horst Sielaff, Ernst Kastning, Marianne Klappert, Walter Kolbow, Rolf Koltzsch, Horst Kubatschka, Hinrich Kuessner, Rudolf Müller (Schweinfurt), Jan Oostergetelo, Dr. Hermann Scheer, Karl-Heinz Schröter, Dr. Peter Struck, Joachim Tappe, Dr. Gerald Thalheim, Gudrun Weyel, Hermann Wimmer (Neuötting), Matthias Weisheit, Hans-Ulrich Klose und der Fraktion der SPD

**zu der Großen Anfrage der Abgeordneten Horst Sielaff, Brigitte Adler, Hans Gottfried Bernrath, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der SPD
— Drucksachen 12/4362, 12/5076 —**

Umsetzung der flankierenden Maßnahmen der EG-Agrarreform in der Bundesrepublik Deutschland

Der Bundestag wolle beschließen:

1. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Die flankierenden Maßnahmen – umweltgerechte landwirtschaftliche Produktion, langfristige Umwidmung landwirtschaftlich genutzter Flächen, Vorruhestand – können grundsätzlich einen wichtigen Beitrag zur gleichzeitigen Umwelt- und Marktentlastung leisten. Sie ermöglichen eine enge Verzahnung von Agrarstrukturpolitik und Agrarumweltpolitik. Ihnen kommt daher hohe politische Priorität zu.

Die Umsetzung der flankierenden Maßnahmen in nationales Recht wird zu zögerlich angepackt.

Die Bedeutung der flankierenden Maßnahmen, insbesondere die dauerhafte Umwidmung von landwirtschaftlich genutzten Flächen, wird in diesen Tagen im Zusammenhang mit der Überschreitung der Basisflächen aus der EG-Agrarreform in den neuen Ländern Mecklenburg-Vorpommern, Thüringen, Sachsen-Anhalt, Berlin, Sachsen besonders deutlich.

Durch die Streichung der ursprünglich zur Finanzierung der flankierenden Maßnahmen vorgesehenen Bundesmittel und die zusätzliche Kürzung der Bundesmittel für die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“

wird der Bund der hohen politischen Bedeutung jedoch nicht gerecht.

Trotz einer Hervorhebung leistungs- und wettbewerbsfähiger, marktorientierter und umweltverträglicher Landwirtschaft im Agrarkonzept „Der künftige Weg – Agrarstandort Deutschland sichern“ fehlt der Politik der Bundesregierung weiterhin eine entsprechend zielgerichtete Schwerpunktsetzung. Einsparungen und Umschichtungen in der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ gehen in diesem Programm zu Lasten investiver Maßnahmen. Die Schaffung wettbewerbsfähiger landwirtschaftlicher Betriebe und die Entwicklung lebenswerter Dörfer und ländlicher Räume werden nachrangig behandelt. Diese Politik geht außerdem zu Lasten der Einführung der flankierenden Maßnahmen in der Bundesrepublik Deutschland. Dadurch wird eine wirkungsvolle Umsetzung der sowohl aus Umwelt- als auch aus Marktgründen notwendigen flankierenden Maßnahmen beeinträchtigt, wenn nicht gar verhindert.

Die für die Anwendung der flankierenden Maßnahmen zur Verfügung stehenden EG-Mittel können bei nicht angemessener finanzieller Beteiligung des Bundes nicht im möglichen Umfang in Anspruch genommen werden.

2. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

- die Voraussetzungen dafür zu schaffen, daß die umwelt- und marktentlastenden flankierenden Maßnahmen ohne weitere Verzögerung in nationales Recht umgesetzt werden, damit unsere Bäuerinnen und Bauern auf langfristig gesicherter Grundlage ihre Landnutzung planen können;
- deshalb so schnell als möglich einen entsprechenden Beschluß des Planungsausschusses für Agrarstruktur herbeizuführen;
- angesichts der knappen Haushaltsmittel, der Wettbewerbsnachteile der deutschen Landwirtschaft im EG-Binnenmarkt und der Belastung der Märkte mit Überschüssen die Bundesmittel zu Lasten der ausgeprägten Gießkannenförderung und zugunsten investiver und der flankierenden Maßnahmen grundsätzlich umzuschichten. Dabei wird gleichzeitig ein Beitrag zur Entlastung der Umwelt (Boden, Wasser, Luft) geleistet;
- bei gegebener Haushaltssituation und sich daraus ergebenden erforderlichen Umschichtungen im Rahmenplan 1994 die Schwerpunktbildung der bisherigen Maßnahmen des Rahmenplans und der hinzukommenden flankierenden Maßnahmen den Ländern zu überlassen, um den sehr unterschiedlichen Bedingungen in den Regionen der Bundesrepublik Deutschland gerecht werden zu können. Dabei sind allerdings Investitionen zur Schaffung wettbewerbsfähiger Betriebe im bisherigen Umfang zu fördern.

Bonn, den 24. Oktober 1993

**Horst Sielaff
Ernst Kastning
Marianne Klappert
Walter Kolbow
Rolf Koltzsch
Horst Kubatschka
Hinrich Kuessner
Rudolf Müller (Schweinfurt)
Jan Oostergetelo**

**Dr. Hermann Scheer
Karl-Heinz Schröter
Dr. Peter Struck
Joachim Tappe
Dr. Gerald Thalheim
Gudrun Weyel
Hermann Wimmer (Neuötting)
Matthias Weisheit
Hans-Ulrich Klose und Fraktion**

